Kehrwieder am Sonntag vom 24./25.03.2018, S.9

Landtagsabgeordneter Volker Senftleben im KEHRWIEDER-Interview über Suedlink und Hochwasser, die Linke und die AfD

„Ich habe den Anspruch, in der Fläche präsent zu sein“

HANNOVER/ALFELD. Knapp 100 Tage sind vergangen, seit Volker Senftleben seine Arbeit im niedersächsischen Landtag aufgenommen hat. Der SPD-Abgeordnete aus Eime sitzt für seine Partei im Umweltausschuss und hat jetzt sein Wahlkreisbüro in Alfeld, Kalandstraße 5, eröffnet. KEHRWIEDER-Volontär Björn Stöckemann hat mit ihm über seine ersten Regierungserfahrungen gesprochen.

Volker Senftleben im Gespräch mit dem KEHRWIEDER. FOTO: FUHRHOP

KEHRWIEDER: Herr Senftleben, dies ist Ihre erste Legislaturperiode auf Landesebene, davor waren Sie Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion in Hildesheim. Helfen Ihnen diese Erfahrungen in Hannover?

Senftleben: Ich finde viel aus meiner Zeit als Geschäftsführer im Kreishaus wieder. Das ist ein großer Vorteil, ja. Was sich geändert hat, sind die Dimensionen. Die Kreisverwaltung Hildesheim ist schon verhältnismäßig groß, aber in Hannover nimmt der administrative Aufwand noch einmal zu. Diese Umgewöhnung war aber auch nicht ganz neu für mich. Schon als ich vom Gemeinderat in den Kreistag gewechselt bin, musste ich mich weiter vernetzen und die Leute kennen lernen.

Landespolitik unterscheidet sich doch aber nicht nur im Arbeitspensum.

Auf kommunaler Ebene war die Arbeit konkreter. Es geht meist um klar definierte Aufgaben oder Projekte. Im Land schaffen wir eher die Rahmenbedingungen dafür. Das ist meist abstrakter, finde ich aber auch spannend. Früher war es meine Aufgabe, abstrakte Normen auf konkrete Probleme herunterzubrechen, jetzt gestalte ich diese Normen. Generell ist der Diskussionsdruck höher, der Widerhall stärker und zusätzlich prasselt die Lobbyarbeit auf einen ein.

Empfinden Sie das als unangenehm?

Vorweg: Da möchte ich meine Rolle nicht überschätzen. Ich bin nur ein Zahnrädchen von vielen. Dass ich aber vor allem beim Thema Energie durch meine Position als energiepolitischer Sprecher meiner Frakion die Kontaktstelle bin, empfinde ich nicht als unangenehm. Ich begreife das eher als Chance, andere Perspektiven kennenzulernen, um einen Kompromiss herbeileiten zu können. Im Zweifel suche ich immer den Weg zur Gegenposition, wie zum Beispiel bei Suedlink. Das ist ein Spannungsfeld zwischen unserem Ziel der Energiewende, aber auch den berechtigten Interessen der Landwirte. Diesen Abwegungsprozess müssen wir vornehmen.

Steht bei solchen Themen bei diesen Themen Ihr Wahlkreis für Sie an erster Stelle?

Ich nehme kein Ranking vor. Wo vor Ort der Schuh drückt, das nehme ich auf. Ich sehe meine Zukunft im Wahlkreis. Darin, für die Leute da zu sein.

In der Hinsicht treten Sie in große Fußstapfen. Ihr Vorgänger Klaus Krumfuß trug schließlich den Spitznamen „Der Kümmerer“.

Klaus ist emsig und kontinuierlich unterwegs gewesen. Das ist auch mein Bestreben. Ich habe den Anspruch, in der Fläche präsent zu sein, aber ihn nicht zu kopieren. Themenmäßig bin ich, denke ich, gut aufgestellt.

Suedlink hatten Sie bereits erwähnt. Ich werfe mal ein anderes Stichwort in den Raum: Siegfried-Giesen. Seit Ihrem Wechsel in die Landespolitik ist die Debatte fortgeschritten. Momentan steht zur Diskussion, ob ein kommunales Parlament so eine Entscheidung überhaupt in diesem Maße an sich ziehen sollte.

Es gibt die rechtliche Möglichkeit. Die Kollegen haben die höchste Anerkennung von mir, denn dabei steht man unter enormem Druck. Dieser Verantwortung sind sich aber, so mein Eindruck, alle Beteiligten bewusst. Ich gehe mittlerweile davon aus, dass das Einvernehmen unstrittig ist. Die Perspektive ist gut. Ich bin aber auch froh, wenn die Entscheidung gefallen ist.

Für Ihren Wahlkreis ist der Hochwasserschutz bestimmendes Thema. Was tut die Landesregierung in dieser Hinsicht?

Meines Erachtens nach muss die Flusslandschaft im Vordergrund stehen. Kernpunkt sollte sein, Flächen wieder zu vernässen. Denn je weniger Raum Flüsse zum Atmen haben, desto größer wird der Druck. Naturschutz ist deswegen für mich Teil des Hochwasserschutzes. Dämme und Deiche sind wichtig, aber Ortschaften nur einzudeichen geht nicht an die Wurzel des Problems.

Jetzt klingen Sie wie ein Grüner.

Das Thema wird auch in der Koalition kontrovers diskutiert.

Apropos: Können Sie sich mit dem rot-schwarzen Bündnis anfreunden, oder hätten Sie lieber rot-grün fortgesetzt?

Die Große Koalition war nicht meine Wunschkonstellation, das habe ich auch schon vor der Wahl gesagt. Ich bin aber auch kein Fundamentalist. Die Sache muss im Vordergrund stehen.

Fällt Ihr Urteil mit Blick nach Berlin genauso aus?

Aus niedersächsischer Sicht bin ich froh, weil es pragmatisch schlicht besser ist, dass der Zugang zu Informationen für beide Koalitionspartner in Hannover gleich gut ist.

Hauptkritik an der Großen Koalition war zuletzt, gerade aus Reihen der Sozialdemokraten, dass Unterschiede zwischen den Partnern verschwimmen und die Diskussionskultur im Parlament verarmt. In Hannover könnte stärker noch als in Berlin eine komfortable Mehrheit Beschlüsse aus den Fraktionsklausuren durchreichen.

Ich denke, es wird weiterhin genug Kristallisationspunkte geben, um Unterschiede deutlich zu machen. Zum Beispiel beim Umweltschutz. Diese Punkte werden wir auch in der Regierung ausdiskutieren müssen.

Zwischen SPD und CDU verliefen in Niedersachsen vor dieser Legislaturperiode tiefe Gräben. Dass die beiden Parteien sich zu einer funktionierenden Regierung zusammenfinden könnten, galt als unwahrscheinlich. Ministerpräsident Stephan Weil und sein damaliger Herausforderer und jetziger Vize Bernd Althusmann scheinen diese Kluft aber überwunden zu haben.

Ich denke, es war ganz wichtig, dass die beiden eine gemeinsame Grundlage gefunden haben. Stephan Weil hat in dieser Hinsicht viel Geschick und war sehr empathisch und konsensual unterwegs. Dadurch hat sich viel gewandelt. Einen Jens Nacke erkennt man zum Beispiel kaum wieder. Bei seiner Rede anlässlich der Änderung des Gesetzes über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten habe ich aus voller Überzeugung applaudiert.

Bei dieser Debatte ging es darum, Vertreter der AfD aus dem Beirat der Stiftung, welche sich unter anderem um das Gedenken an die Opfer des Holocaust kümmert, auszuschließen. Die Partei hat es auch in den niedersächsischen Landtag geschafft. Wie beurteilen Sie die Arbeit und das Auftreten der Fraktion bisher?

Ich finde das manchmal nur schwer zu ertragen. Damit spreche ich, glaube ich, vielen Kollegen aus der Seele. In Redebeiträgen spielen die AfD-Abgeordneten zwar ernste Themen aus, polarisieren aber schnell und gehen zur Demagogie über. Da geht es von der Blauen Plakette direkt zur Leugnung des Klimawandels. Zum Glück halten alle sehr sachlich dagegen. Die AfD propagiert erschreckend einfache Lösungen, ohne die Wege je zu präzisieren. Deswegen müssen wir auch sehen, dass wir inhaltlich diskutieren und nicht nur einen Mehrheitsbeschluss in den Raum werfen.

Die Linke hat den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde hingegen nicht geschafft.

Da sprechen Sie einen schmerzhaften Punkt für mich an. Wäre die Linke ins Parlament eingezogen, hätte es auch mein Ratskollege Lars Leopold über die Liste geschafft. Wir haben im Wahlkampf gescherzt, dass wir dann eine Fahrgemeinschaft bilden könnten. Auch mit Joachim Sturm habe ich im Kreistag gute Gespräche geführt. Manche Vorbehalte gegen die Partei an sich sind nicht unberechtigt, aber auf kommunaler Ebene haben wir häufig in die selbe Kerbe geschlagen, nur unterschiedlich tief, um beim Bild zu bleiben. Ich sehe zum Beispiel bei der Frage nach einem zusätzlichen Feiertag keine Überforderung der Arbeitgeber.

Die Diskussion darum hat den Beginn der neuen Regierung begleitet. Das bisher aussichtsreichste Datum, der 31. Oktober als Reformationstag, ist allerdings umstritten. Wie stehen Sie dazu?

Ich persönlich kann mich damit anfreunden, gar nicht mal aus meinem Blickwinkel als evangelischer Christ, sondern weil für mich die gesellschaftlichen Entwicklungen, die mit der Reformation einhergehen, im Fokus stehen. Ich finde es auch nicht zielführend, das Datum auf eine weltliche oder kirchliche Bedeutung festzulegen. Die Reformation war mehr.

Blicken wir zum Abschluss in die Zukunft: Sie haben es vom Ortsrat schon bis in den Landtag geschafft. Haben Sie noch weiterführende Ambitionen?

Das ist für mich gerade kein Thema. Wir haben mit Bernd Westphal jemanden, der uns erfolgreich in Berlin vertritt. Ich habe jetzt eine neue Aufgabe und viel Spaß daran.